



Schule | 04.06.2018 | Nr. 191/18

## **Tobias Loose: 30 Jahre keine Hausaufgaben gemacht**

„Aus der heutigen Äußerung der AfB wird deutlich, man hat sehr lange seine Hausaufgaben nicht gemacht“, erklärte der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Tobias Loose heute (4. Juni 2018) zu der Pressemitteilung der SPD-Arbeitsgemeinschaft.

„Gut 30 Jahre SPD-Bildungspolitik lassen sich nicht innerhalb eines Jahres aufholen, dass hätte den Genossen bei ihrem Forderungskatalog eigentlich auffallen müssen. Zeit für Eigeninitiative hatte die SPD genug. Dass die AfB jetzt Lehrer ohne ausreichende Qualifizierung kritisiert, beschreibt die Untätigkeit der Organisation in den letzten Jahren. Es war eine SPD-Ministerin, die die Einstellung der "Hilfslehrer" vorgenommen hat“, kommentierte Loose die Aussagen von Elke Krüger-Krapoth, die mit ihrer Arbeitsgemeinschaft der Parteibasis anscheinend eine andere Bildungspolitik vertritt als die der Führungsspitze zusammen mit Martin Habersaat in der vergangenen Wahlperiode.

Jamaika sei noch dabei die Scherben der letzten SPD-Ministerinnen zusammenzukehren, liefere aber auch schon konkrete Arbeitserfolge.

„Der Lehrermangel zeigt sich auch in Schleswig-Holstein. Leider haben wir uns in den letzten Jahren nicht ausreichend darauf vorbereitet. Ministerin Karin Prien hat im letzten Bildungsausschuss ein erstes Maßnahmenpaket vorgestellt. Insbesondere wird an einer belastbaren Lehrbedarfsprognose gearbeitet, die auch die Fachlichkeit der Lehrkräfte miteinschließt.

Das Grundproblem der Lehrerversorgung sind die zu geringen Ausbildungszahlen für Lehrer in den vergangenen Jahren. Zum 1. August dieses Jahres stehen 530 Stellen für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst zu Verfügung. Das ist die höchste Zahl an LiV-Stellen seit 2013. Ein wichtiger Beitrag für mehr Lehrernachwuchs. Jamaika setzt sich für die Attraktivierung des Lehrerberufs und die Unterstützung der Lehrkräfte an den Schulen ein. Die Lehrergesundheit wird erstmal strukturiert diskutiert und Maßnahmen dafür durch die Landesregierung aufgegriffen. Die Besoldung wird stufenweise auf A13 angehoben und der Bildungsbonus wird die Arbeitssituation gerade an Schulen mit Problemlagen signifikant verbessern.

Liebe AfB, gerne hätten Sie sich schon in den vergangenen Jahren vor dem Regierungswechsel lautstark engagieren können. Wahrscheinlich hätten wir dann viele Probleme, die wir heute bewältigen müssen, nicht gehabt“, so Loose

abschließend.